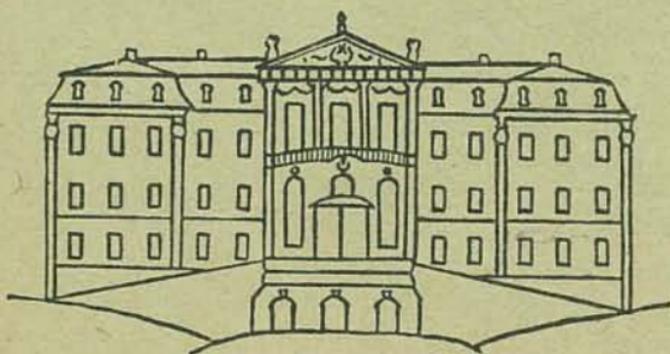


Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Der Gottesfrieden

Rückblick und Ausschau



53

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Der Gottesfrieden

Rückblick und Ausschau

1961

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

Ein ermunternder Auftakt.....	5
Cluny als Ausgangspunkt	6
Ein Blick tausend Jahre zurück	7
Etappen einer Idee	12
Vom Gottesfrieden zum Landfrieden	14
Aufschlußreiche Parallelen	18
Offene Augen für das Neue!	21
Damit die Zwietracht sich vermindere	24

Ein ermunternder Auftakt

Seit einigen Wochen wird in den politischen Auseinandersetzungen in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen mit dem Wort vom Gottesfrieden ein Begriff wieder aktuell, der bisher nur noch in verstaubten Geschichtsbüchern und gelegentlich auch in Dissertationen zu finden war.

Wir begrüßen diese Diskussion, weil sie dazu beiträgt, die Beherzigung der Lehren unserer deutschen Geschichte zu begünstigen, weil sie der geistigen Auseinandersetzung förderlich und dem notwendigen Bewußtseinswandel dienlich ist.

Erfreulicherweise hat die große gesellschaftliche und politische Erneuerung unserer Gegenwart, wie es der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in seiner Programmatischen Erklärung am 4. Oktober 1960 hervorgehoben hat, keinen Schuß Pulver erfordert; wohl aber bedingt sie eine riesige Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit.

Den Ausgangspunkt der neuen Diskussion über den Gottesfrieden bildete jene Bezugnahme Walter Ulbrichts vor der 11. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Tagen zwischen dem 15. und dem 17. Dezember 1960 auf die mittelalterliche Geschichte, in der er die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik an die westdeutsche Regierung, für zehn Jahre auf jede Gewaltanwendung in Deutschland zu verzichten, in Parallele setzte zu dem sogenannten Gottesfrieden des Mittelalters.

Noch einmal kam Walter Ulbricht auf diesen Gedanken in der Silvesternacht des vergangenen Jahres zurück, als er in seiner Ansprache ausführte:

„Das Jahr 1961 wird im Zeichen des Ringens um die Sicherung des Friedens in Deutschland stehen. Die noch vorhandenen Reste des zweiten Weltkrieges, wie das Besatzungsstatut in Westberlin und andere Abkommen der Nachkriegsjahre, hindern die friedliche Entwicklung und müssen durch einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten beseitigt werden. Durch die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte freie Stadt würde der Sache des Friedens ein guter Dienst erwiesen.

Eine solche Verständigung erfordert eine entsprechende Atmosphäre der Entspannung. Aus ehrlichem Herzen und von der Sorge um unser Volk erfüllt, haben wir der westdeutschen Bundesrepublik vorgeschlagen: Schließen wir ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland, über die Verbannung des

Kriege für immer aus dem Leben unseres Volkes. Diese Vorschläge bleiben. Wir sagen jetzt weiter: Falls Bonn sich nicht zum Frieden für immer verpflichten möchte, sind wir bereit,

zunächst wenigstens zehn Jahre Frieden in Deutschland, eine Art Gottesfrieden zu vereinbaren, damit in dieser Zeit die Zwietracht sich vermindere, die Verständigung der beiden deutschen Staaten begänne, damit der Frieden gesichert und auch mit der Überwindung der Spaltung der Nation endlich ein Anfang gemacht würde.

Um sofort zu einer Entspannung zu kommen, haben wir die Einstellung jeder Kriegspropaganda und einen Rüstungsstopp vorgeschlagen.“

Cluny als Ausgangspunkt

Was hat es nun mit diesem Gottesfrieden, der Treuga Dei der Historiker, auf sich?

Unter „Gottesfrieden“ verstand man jene in dem von Waffenlärm erfüllten 11. Jahrhundert einsetzende und von der Kirche geleitete Bewegung, die darauf abzielte, daß wenigstens in einem Teil der Woche, in den Tagen, die durch das Sterben, die Auferstehung und die Himmelfahrt Christi eine besondere Bedeutung erlangt haben, die Waffen schwiegen.

Praktisch beinhaltete das eine Waffenruhe, einen Waffenstillstand zu Ehren Gottes, der vom Donnerstagabend bis Montagfrüh der nächsten Woche währte. Damit war die Woche für die Kriegführenden sozusagen halbiert.

Später wurde dieser Frieden auf die Zeit vor hohen christlichen Festtagen, insbesondere auf die Advents- und Fastenzeit, ausgedehnt.

Verstöße gegen diese Ordnung sollten durch kirchliche Zwangsmittel geahndet werden. Eine besondere Rolle spielte dabei das Interdikt, dem wir hier zum ersten Male, interessanterweise im Zusammenhang mit der Sicherung friedlicher Zustände, begegnen.

„Das Interdikt, das zuerst, und zwar zunächst zur Sicherung des Landfriedens, auf einer Synode zu Limoges 1031 kirchengesetzlich geregelt wurde, machte ein ganzes Gebiet für einen in seiner Mitte begangenen oder geduldeten Frevel solidarisch verantwortlich. Während seiner Dauer sollten alle Glocken schweigen, der liturgische Gottesdienst nur hinter verschlossenen Türen gehalten, Buße und Abendmahl nur Sterbenden erteilt, nur Geistlichen, Bettlern,

Fremden und Kindern unter zwei Jahren kirchliche Beerdigung gewährt werden und niemand heiraten dürfen“.

(Kurtz, Lehrbuch der Kirchengeschichte)

Ähnlich schreibt Bernhard Töpfer in seiner Dissertation bei der Philosophischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, einer verdienstvollen, mit einem umfassenden Literaturverzeichnis versehenen Arbeit über das Thema „Volk und Kirche zur Zeit der beginnenden Gottesfriedensbewegung in Frankreich“ (Rütten & Loening, Berlin):

„Die Aufhebung der gottesdienstlichen Funktionen in einer Kirche oder in allen Kirchen einer Stadt hat die Kirche zwar schon sehr früh als Druckmittel angewandt, zur vollen Ausgestaltung dieses Strafmittels für den Bereich ganzer Diözesen ist es aber bezeichnenderweise erst im Laufe des ausgehenden 10. Jahrhunderts gekommen, so daß man fast sagen kann, es habe erst in Zusammenhang mit der Gottesfriedensbewegung größere Verbreitung gefunden.“

Der damaligen Zeitstimmung entsprechend, die recht seltsame Gegensätze in sich vereinigte – derbe Sinnlichkeit, rohe Gewalt und innige Frömmigkeit –, vermochte die Bevölkerung die Auswirkungen eines solchen kirchlichen Banns nur selten auf längere Zeit zu ertragen.

Den Ausgangspunkt der Bewegung des Gottesfriedens bildete jenes Kloster Cluny in Burgund, das um 900 gegründet worden ist und stärkstens in die mittelalterliche Geschichte eingegriffen hat.

Taten praktischen Christentums waren den Cluniazensern dadurch möglich, daß nach ihren Ideen die Kirche auch den Auftrag hatte, das irdische Leben, den niederen Gottesstaat allmählich auf das jenseitige Gottesreich vorzubereiten. Ein solches Bestreben aber war unvereinbar mit der weiteren Duldung des Faustrechts und der Fehden des Mittelalters.

So wurde eine Großtat praktischen Christentums möglich, jene Bewegung des Gottesfriedens, von der Gerald Götting gesagt hat: „Es war eine konstruktive Tat, ein heroischer Versuch, der Lösung ‚Friede auf Erden!‘ soweit Geltung zu verschaffen, wie es der Stand der damaligen Entwicklung überhaupt erlaubte.“

Ein Blick tausend Jahre zurück

Als um den Gottesfrieden gerungen wurde, da geschah das nicht infolge besonderer Einfälle spekulativer Köpfe. Längst lag der Gedanke der Befriedung in der Luft. Und es war auch kein Zufall, daß diese Bewegung gerade von den Bi-

schöfen des südlichen Frankreich als erste aufgegriffen wurde.

Zum Wesen der feudalen Gesellschaft, wie sie im Mittelalter bestand, gehörte die territoriale Zersplitterung, die Existenz kleiner und kleinster Grundherren, die samt und sonders Souveränität für sich in Anspruch nahmen und trotz ihrer Unterordnung unter den König keinen Herrn über sich duldeten.

Am weitesten fortgeschritten war der Verfall der Zentralgewalt in Frankreich. Dort war der König seit langem viel zu schwach, seinen Untertanen durch seine Kraft Frieden zu gewähren. Niemand vermochte den Übergriffen des mächtigen Adels zu wehren. Sengen und Stechen, Morden und Plündern waren an der Tagesordnung. Das Unheil aber, das daraus folgte, betraf nicht nur die, die unentwegt gegeneinander im Sattel saßen, sondern auch viele Unschuldige.

Es war eine Zeit, in der ein französischer Mönch voller Empörung von den Seniores, den Herren des Bodens, sagte, sie seien allesamt nur schändliche Beutemacher, gewalttätige Räuber, der Feuerbrand der Hölle und eine sichere Beute des Satans.

Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation lagen zu dieser Zeit die Dinge ein wenig besser. So konnte von Heinrich III., als er im Jahre 1039 seine Herrschaft antrat, gesagt werden, ihm seien die deutschen Lande in wohlversorgtem Zustande hinterlassen worden. Im Einklang damit steht, daß Bischof Gerhard von Cambrai für seinen zum Deutschen Reich gehörenden Sprengel sich der Einführung des Gottesfriedens mit der Bemerkung widersetzte, hier genüge der Wille des Königs, für den Frieden zu sorgen.

Bald aber gab es auch im Reich Heinrichs III. „kleine Anfänge von Aufruhr“, dem Schlimmeres folgte. Charakteristisch dafür ist, daß bereits im Lobgesang auf den heiligen Anno, den Erzbischof von Köln und späteren Vormund Heinrichs IV., gesagt werden konnte, zu seiner Zeit habe das Reich die Waffen gegen seine Eingeweide gekehrt.

Aber auch Heinrichs Kanzler, Bischof Gunther, macht hier eine schlechte Figur, sagt doch der Bamberger Scholastiker Meinhart von ihm:

„Welch ein klägliches und beklagenswertes Leben für einen Bischof. Niemals beschäftigt er sich mit Augustin oder mit dem heiligen Gregor, sondern stets nur mit Attila, den Amelungen und anderem Teufelswerk dieser Art. Kein Buch

nimmt er in die Hand, aber den Wurfspieß; der Zug der Feder interessiert ihn nicht, wohl aber das Zucken des Schwertes.“

(Wilhelm Treue, Deutsche Geschichte)

Hier sei auch an die berühmten „Edelmannslehren“ erinnert, die zwar erst in späterer Zeit formuliert wurden, deren Grundsätze aber, nach denen der Raub einen legitimen feudalen Broterwerb bedeutete, schon im 11. Jahrhundert weidlich praktiziert wurden. Einige der bekanntesten dieser Lehren besagen:

„Wiltu dich ereneren
du junger edelmann,
folg du meiner lere:
sitz uf, drab zum ban!
Halt dich zuo dem grünen wald;
wan der bur ins hulz fert
so renn in freislich an.“

Und ein anderer Spruch, in unserer Sprache ausgedrückt, lautete: „Reiten und rauben ist keine Schande, das tun die Besten im Lande.“

Das ganze Elend dieses Jahrhunderts, in Frankreich *siècle de fer*, „Jahrhundert des Eisens“ genannt, ist schwarz in der Schilderung lebendig geblieben, die Hegel in seiner „Philosophie der Geschichte“ davon gegeben hat:

„Der Sinn für Gesetzlichkeit und Allgemeinheit ist durchaus nicht vorhanden, ist in den Völkern selbst nicht lebendig. Die Verpflichtung jedes freien Bürgers, die Befugnisse des Richters, Recht zu sprechen, die des Gaugrafen, Gericht zu halten, das Interesse für die Gesetze als solche, zeigten sich als unkräftig, sobald die starke Hand von oben nicht mehr die Zügel straff hält . . .

So war also der Drang nach einer festen Organisation nicht vorhanden. Die Menschen mußten erst in den Zustand der Schutzlosigkeit versetzt werden, um das notwendige Erscheinen des Staates zu empfinden. Die Staatsbildung fing wieder ganz von vorn an. Das Allgemeine hatte durchaus keine Lebendigkeit und Festigkeit in sich und im Volke, und seine Schwäche offenbarte sich darin, daß es den Individuen keinen Schutz zu geben vermochte . . .

In dem Zustande vollkommener Vereinzelung, wo durchaus nur die Gewalt des Machthabers galt, haben die Menschen zu keiper Ruhe kommen können, und gleichsam ein böses Gewissen hat die Christenheit durchschauert. Im 11. Jahrhundert verbreitete sich allgemein und durch ganz Europa die

Furcht vor dem herannahenden Jüngsten Gericht und der Glaube an den nahen Untergang der Welt. Das innerliche Grauen trieb die Menschen zu den widersinnigsten Handlungen . . .

Nicht minder brachten in dieser Zeit fürchterliche Hungersnöte die Menschen dahin: auf den Märkten wurde öffentlich Menschenfleisch verkauft. In diesem Zustande war nichts als Rechtlosigkeit, viehische Begierde, rohe Willkür, Trug und List bei den Menschen anzutreffen.“

So war die feudale Welt „eine sehr schlecht geordnete Gesellschaft“ (W. F. Semjonow), erfüllt von ständigen Fehden, ununterbrochenen kleinen und großen Kriegen, die den Wohlstand ruinierten und das Gemüt verwilderten. „Zwar haben die einzelnen Feudalgewalten einen mehr oder weniger funktionierenden Gerichts- und Verwaltungsapparat aufgebaut, durch den sie ihre Untertanen in Schach halten, aber innerhalb der herrschenden Klasse war im Laufe des 10. Jahrhunderts jede einigermaßen funktionierende Ordnung zerbrochen.“ (Töpfer)

Zu den Leidtragenden dieser Entwicklung gehörte vor allem der Bauer, dem in den Fehden der Herren das Vieh vom Acker getrieben oder aus den Ställen geraubt wurde, dem die Reisigen das Dach über dem Kopf anzündeten, gehörten ferner der Kaufmann, dessen Warentransporte über unsichere Landstraßen vonstatten gingen, gehörte sodann die Kirche selbst,

Nächst der Sorge um das Seelenheil der Gläubigen kümmerte sich der Klerus zwischen dem 6. und dem 12. Jahrhundert auch sehr intensiv um die Verwaltungsarbeit in der weltlichen Ordnung. Aber auch die Klöster, die seit dem 4. Jahrhundert zuerst im alten Gallien und später in weiteren Teilen Europas sich ausgebreitet hatten, zumeist kleine, in sich abgeschlossene Städtchen, waren nicht nur Stätten der religiösen Erbauung abseits des Weltgetriebes, sondern auch Brennpunkte des geistigen Lebens und mit ihren gut und vielfach musterhaft bestellten Ackerflächen auch ökonomische Schwerpunkte, ein Rückgrat der feudalen Wirtschaft.

Wie stark die Klöster verbreitet waren, ersieht man daraus, daß es um 800 in Deutschland etwa 280 Klöster gab, zu denen in jedem Jahrhundert neue hinzukamen. So wurden im 11. Jahrhundert allein in Bayern 24 und in Schwaben 13 neue Klöster gegründet.

Die Gründung eines Klosters zu dieser Zeit war daher nicht nur ein religiöses Werk, sondern auch ein wirtschaftliches Unternehmen, „das in hohem Grade sozialen Notwendigkeiten entsprach“. Und das gleiche gilt natürlich von den Anstrengungen, die darauf gerichtet waren, das Klostergut intakt und rentabel zu erhalten.

„In einer Zeit, da der weltliche Adel in seinen gegenseitigen Fehden seine Besitzungen verwüstete und die grundherrschaftliche Organisation allerorten Verfallserscheinungen aufwies, waren es gerade die gut verwalteten Grundherrschaften der Klöster, die allein einen leistungsfähigen Wirtschaftsorganismus aufzubauen begannen.

Unter diesen Voraussetzungen waren die Klöster in der Lage, eine beachtliche Unterstützung völlig Verarmter durchzuführen. Vor allem während der häufig eintretenden Hungersnöte haben sie tatkräftig eingegriffen.“ (Töpfer)

Darüber hinaus war die Kirche als Nutznießerin des Zehnten, die Einziehung des zehnten Teils des jährlichen Arbeitsertrages, auch materiell daran interessiert, daß Frieden herrschte und die Arbeit florierte.

Unter dem damaligen System der Drei-Felder-Wirtschaft war der Ertrag der bäuerlichen Arbeit unter Zugrundelegung unserer Maßstäbe gering, wurde doch nach den Aufzeichnungen im Kloster Cluny im 11. Jahrhundert auch in guten Jahren bei Getreide nur das Fünf-, allerhöchstens Sechsfache der Aussaat geerntet. Vergleichsweise sei angeführt, daß in unserer Zeit die Ernte mehr als das Zwanzigfache der Aussaat ausmacht.

Trotzdem war vor tausend Jahren gegenüber den vorangegangenen Jahrhunderten ein beträchtlicher Fortschritt zu verzeichnen. Das ergibt sich schon daraus, daß der Wert des Bodens, der damals allein den Rang bestimmte und Macht verlieh, zwischen dem 9. und dem 12. Jahrhundert sich bis zum Zwölffachen erhöht hatte.

Wenn in dieser Zeit die Klostergüter eine so hervorragende Rolle spielten, dann nicht nur deshalb, weil sie, wie bereits erwähnt, durch den Fleiß der Ackersleute gut bestellt waren, sondern auch nach ihrer Größe anderen Besitzümern weit voranstanden. Während der Ritter selbst vielfach nur eine Hufe (30 Morgen) unter Ausnutzung der Arbeitskraft der fronpflichtigen Bauern bewirtschaftete, umfaßten die Klostergüter in der Regel 8000 bis 18 000 Morgen, wobei Klostergüter zwischen 30 000 und 60 000 Morgen keine Seltenheit waren.

Welche Gefahren die Kirche in turbulenten Zeiten lief, ergibt sich ferner daraus, daß ein Mann wie Heinrich III., dem als mütterliches Erbteil ein starkes Eingehen auf klerikale Wünsche eigen war, in jovialer Offenheit die Meinung vertrat, es sei nur gut, wenn die Kirche viel Gut besitze, denn wem viel gegeben sei, dem könne auch viel genommen werden.

So wirkte mancherlei zusammen, um gerade im Klerus den Willen zur Herstellung friedlicher Verhältnisse zu erwecken, womit die Kirche damit auch hier wieder eine Aufgabe in Angriff nahm, die an sich der weltlichen Gewalt obgelegen hätte.

Etappen einer Idee

Vorbereitet wurde der Gottesfrieden durch einige Synoden in Südfrankreich, die beherrscht waren von der Mahnung zum Frieden und die den Feudalherren den Schwur abnötigten, den Frieden zu respektieren.

Eine dieser Synoden fand im Jahre 989 unter der Leitung des Erzbischofs Gumbald von Bordeaux in Charroux statt. Die Beschlüsse dieser Synode drohten jedem, der in Kirchen einbricht, aus kirchlichen Gebäuden etwas raubt oder der einen Überfall auf Geistliche unternimmt, das Anathem an. Weitergehend, den kirchlichen Rahmen bereits sprengend, war eine andere Bestimmung, die jedem, der einen „Armen“ beraubt oder einem Bauersmann Schafe, Kühe und Schweine wegnimmt, die Ausstoßung aus der kirchlichen Gemeinschaft in Aussicht stellte.

Ähnliche Beschlüsse wurden auch von einigen anderen Synoden gefaßt, wobei immer stärker das Bestreben in den Vordergrund trat, neben den Geistlichen und den kirchlichen Besitztungen auch die Ackersleute und den Kaufmann in die Schutzbestimmungen einzubeziehen. Für den defensiven Charakter aller dieser Beschlüsse ist bezeichnend, daß dieser Schutz dann nicht wirksam werden sollte, wenn die Betroffenen durch ihr eigenes Verhalten den Überfall provoziert hatten.

Neue Nahrung erhielten die Friedensbestrebungen durch eine mehrjährige Hungersnot, von der 1032 erhebliche Teile Frankreichs heimgesucht wurden. Nach der geschichtlichen Überlieferung sollen in diesen Hungerjahren „Leichname als Leckerbissen verzehrt“ und Menschen überfallen und ermordet worden sein, „um an ihrem Fleisch sich den wütenden Hunger zu stillen“ (Kurtz).

Daß solche Hungersnöte immer wieder über die Menschen dieses Jahrhunderts hereinbrachen, lag einmal an den Unbilden des Wetters, denen die Ackersleute angesichts des damaligen Standes der Technik hilflos ausgesetzt waren, zum andern aber auch an den Folgen der ewigen Kriegshandlungen — galt doch schon immer der Satz, daß dort, wo ein Heerlager, nur noch Gestrüpp und Dornen wachsen. Eine weitere Ursache dieser Hungersnöte liegt darin, daß damals die einzelnen Wirtschaften infolge der Naturalwirtschaft zu meist in sich abgeschlossen waren. Es fehlte die Möglichkeit eines Ausgleichs von Gau zu Gau, von Bezirk zu Bezirk. So war es möglich, daß, während in einem Bezirk eine schreckliche Hungersnot wütete, zu gleicher Zeit in einer anderen Landschaft, nur 300 km entfernt, bereits ein Überfluß an Lebensmitteln vorhanden war.

In dieser Situation mußte sich der Gedanke geradezu aufdrängen, daß, wenn man schon Naturkatastrophen nicht verhindern konnte, drückende Frondienste nicht beseitigen wollte, so doch zumindest das Unheil abwenden mußte, daß sich zusätzlich aus der Raublust der Feudalherren ergab.

Einen deutlichen Niederschlag fanden Überlegungen dieser Art in den Synoden, die im dritten Jahrzehnt des 11. Jahrhunderts in Arles und Lyon durchgeführt wurden. Im Kern besagten die dort gefaßten Beschlüsse, daß fortan jedermann, gleichgültig, was er früher verbochen hatte, furchtlos und ohne Waffen einhergehen solle. Übeltäter, die trotzdem der alten, unheilvollen Überlieferung anhängen und weiterhin ihre Hände nach dem Gut anderer ausstreckten, sollten körperlich gezüchtigt und zum Schadenersatz verpflichtet sein.

In den von diesen Synoden hinterlassenen Dokumenten findet sich auch die Bestimmung, daß der von ihnen verkündete Friede nach fünf Jahren erneuert und bestätigt werden sollte.

Leider vermerken die Chronisten, daß die daran geknüpften Hoffnungen sich nicht im vollen Umfange erfüllt haben, weil die Feudalherren weltlicher und geistlicher Couleur sich auch hier wieder über die Beschlüsse hinweggesetzt haben und in ihre traurigen alten Gewohnheiten zurückgefallen sind.

Einen Versuch, über diese Ansätze hinausgehend einen Friedenszustand für alle Tage zu erreichen, stellt eine Zusammenkunft der Bischöfe und Äbte in Oudenarde im Jahre 1030 dar. Bei dieser Gelegenheit wurden alle Teilnehmer verpflichtet, sich bei Streitigkeiten untereinander nicht im Wege

der Fehde Recht zu verschaffen, durch kriegerische Gewalt also, sondern anstatt zum Schwerte zu greifen, sollten die Streitenden sich an einem bestimmten Tag vor der Bischofskirche einfinden, um hier den Schiedsspruch des für sie zuständigen Bischofs und des Grafen von Flandern entgegenzunehmen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß mit dem Jahre 1031 der Gedanke des Gottesfriedens in Burgund sich durchgesetzt hatte und 1041, ein Jahrzehnt später, ebenso in allen Teilen Frankreichs.

Vom Gottesfrieden zum Landfrieden

Seinem Wesen nach stellte der Gottesfrieden einen Versuch dar, zwischen den Lebensnotwendigkeiten und der ihnen widerstreitenden unbefriedigenden und alarmierenden Wirklichkeit einen Kompromiß herbeizuführen. Wenn schon ein dauerhafter und allgemeiner Friede nicht zu erreichen war, weil dem die feudale „Ordnung“ im Wege stand, sollte wenigstens bestimmten Orten, Personen und Berufsgruppen, von deren Arbeit so viel abhing, in friedloser Zeit eine Art Sonderfrieden gewährt werden.

„Das Ziel der Friedensbestrebungen in den zwanziger Jahren liegt darin, einmal die Angehörigen der Geistlichkeit und die kirchlichen Besitzungen, zum zweiten die Angehörigen des arbeitenden Volkes, die Bauern und die Kaufleute, sowie ihren Besitz der Adelsfehde zu entziehen, das heißt zu ‚befrieden‘. Die Fehde sollte damit gewissermaßen zu einer Privatangelegenheit der waffentragenden Schichten gemacht werden, so daß dadurch die wirtschaftliche Tätigkeit der Kirche und des arbeitenden Volkes in keiner Weise mehr gestört werden sollte“ (Töpfer).

Einen starken Rückhalt hatten die Vorkämpfer des Gottesfriedens vor allem an den Volksmassen, die hier keineswegs in der Rolle untätiger Zuschauer verharrten. Obwohl die Feudalherren wiederholt gegen die Bewegung des Gottesfriedens opponierten, sie verspotteten und leicht bei der Hand waren, sich der übernommenen Verpflichtungen wieder zu entziehen, hing das Volk um so fester dem Gedanken der Befriedung an, und nicht nur das, sondern es war auch bereit, dazu einen Beitrag zu leisten.

So ging von der Bewegung des Gottesfriedens eine starke Anziehungskraft auf alle Menschen guten Willens auf. Die Volksmassen betrachteten den Gottesfrieden geradezu als eine göttliche Satzung, feierten ihn als einen Ausfluß der

Barmherzigkeit Gottes, „unmittelbar vom Himmel auf die Erde gekommen“.

Angesichts der heilsamen Wirkung dieser Bewegung versuchte dann auch Heinrich III. noch vor dem Übergreifen der Bewegung auf Deutschland, nach seinen Vorstellungen eine Art kirchlich gefärbten Königsfrieden in seinem Reich aufzurichten. Mit Sehnsucht gedachte man später der Zeiten, „da der dritte Heinrich, die imposante Verkörperung kirchlicher Strenge und bürgerlicher Zucht, durch die sieghafte Gewalt seines moralischen Idealismus die Streitenden einander zu vergeben genötigt und durch Beseitigung aller Fehde einen nie gekannten Zustand allgemeinen Friedens herbeigeführt hatte“.

Leider war es später damit wieder vorbei. Wieder erfüllte „ein unerträglicher Zustand andauernden kleinen Krieges das Reich, dem mit der bürgerlichen Ordnung zugleich jede Art von bürgerlichem Wohlstand und wirtschaftlichem Gedeihen zum Opfer fiel. Mit dem gemeinen Manne zusammen, auf den Feind und Freund gleichmäßig drückten, litt darunter namentlich die Kirche, die mit ihrer Würde die äußeren Bedingungen ihrer Existenz dahinschwinden sah. Noch aber war die deutsche Kirche, wenn auch nicht mehr, wie im ottonischen Zeitalter, die vornehmste Stütze des deutschen Staates, doch zweifellos die eigentliche Trägerin der deutschen Kultur: der Fortgang der seit drei Jahren herrschenden wüsten Kämpfe bedrohte diese mit dem Untergang, der dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin notwendig folgen mußte. In dieser äußerlichen Bedrängnis raffte sich die deutsche Kirche zu mutvoller Selbsthilfe auf und rettete dadurch dem in seinem Gewissen beunruhigten Volk die Segnungen, die ihm dereinst von Rom gesendet, nun aber in einen schwer lastenden Fluch verkehrt worden waren. Sie knüpfte dabei an die in Burgund gezeitigte Idee eines Gottesfriedens an“ (Prutz/Pflugk-Hartung, Geschichte des Mittelalters).

Den entscheidenden Schritt zur Einführung des Gottesfriedens in Deutschland unternahm Bischof Heinrich von Lüttich, dessen Bistum dem alten Reichsverband angehörte, indem er im Jahre 1081 den Gottesfrieden für seine Diözese verkündete. „Der Lütticher Sprengel genoß hinfort eines fast ungestörten Friedens, der dem wirtschaftlichen Gedeihen und der bürgerlichen Wohlfahrt seiner Einsassen reichlich zugute kam, so daß man an der Schöpfung Bischof Heinrichs auch in der Folgezeit noch dankbar festhielt.“ Von Zeit zu Zeit, immer aufs neue verkündet, hat sich der Lütti-

cher Gottesfrieden mehrere Jahrhunderte hindurch bis in das 16. Jahrhundert erhalten.

Die guten Erfahrungen in Lüttich veranlaßten im Jahre 1083 den Erzbischof des benachbarten Köln, Sigiwin, den Gottesfrieden auch für seine Kirchenprovinz einzuführen. Durch Erzbischof Sigiwin wurde die Wirksamkeit des Gottesfriedens noch dadurch erhöht, daß er als erster die Kontrolle des Gottesfriedens, die ansonsten in den Händen der Kirche lag, dem gesamten Volk übertragen hat.

Als drittes deutsches Bistum folgte Mainz durch Beschluß der Mainzer Synode vom Mai 1085.

Wie die Kirche dem raublustigen Adel das Interdikt, so setzten die Bauern den Friedensbrechern gelegentlich auch ihre Fäuste entgegen. Auch ist es vorgekommen, daß ein Bischof anstatt kirchlicher Zwangsmittel einfach ein Aufgebot bewaffneter Mannen dem Friedensbrecher entgegenstellte. Ein Beispiel einer solchen radikalen Verteidigung des Gottesfriedens gab Erzbischof Aimo von Bourges, der im Interesse der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse jeden Einwohner seiner Diözese, der älter als 15 Jahre war, zum Waffendienst gegen Friedensbrecher verpflichtete. Es kam so zur Aufstellung einer Art Friedensmiliz, deren Fahne Kleriker vorantrugen.

Im Zuge eines solchen Aufgebotes sollen im heutigen Departement Cher am Kanal von Berry einige Burgen des Raubadels zerstört worden sein. Auch wird berichtet, daß die ruch- und gottlosen adligen Räuber beim Anmarsch einer solchen Miliz Hals über Kopf ihre Burgen verließen. „Daher gehorchten sie schließlich, wenn auch unwillig, bis auf wenige Ausnahmen den Befehlen des Erzbischofs.“

Unter Papst Alexander III. wurden die Grundsätze des Gottesfriedens schließlich im Jahre 1179 in die allgemeingültigen Kirchengesetze aufgenommen.

Inzwischen hatten jedoch auch die weltlichen Oberherren der Christenheit ähnliche Wege beschritten. Diese Bestrebungen sind als Landfrieden in die Geschichte eingegangen.

Wie beim Gottesfrieden, so mußten auch im Landfrieden die Vasallen des Königs einen Eid auf den Frieden ablegen und die Verpflichtung übernehmen, der Fehde zu entsagen oder sie nur noch unter bestimmten einschränkenden Bedingungen aufzunehmen. Wie für den Gottesfrieden, so gab es auch bei dem Landfrieden zeitliche Befristungen und Strafen gegen Feudalherren, die die Bestimmungen des Landfriedens verletzten.

Im Zuge einer solchen Aktion unter Rudolf von Habsburg, mit dessen Wahl zum Reichsoberhaupt am 29. September 1273 das Interregnum seinen Abschluß gefunden hatte, währenddessen das Fehdewesen wieder einmal ins Ungemessene sich gesteigert hatte, wurden nach der Zerstörung von 66 Burgen in Thüringen nicht weniger als 79 Ritter in Erfurt gehängt.

Im Hinblick auf diese Zeit sprechen die Geschichtswerke des Mittelalters von einer bodenlosen Verwilderung des deutschen Adels, dessen Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet war, sich auf Kosten der Städte und ihres handeltreibenden Bürgertums zu bereichern.

Nicht vergessen sei hier, daß Maximilian I., der „letzte Ritter“, den Ruhm der Wormser Tage nicht zum wenigsten dem Umstand verdankt, daß er jede Art von Selbsthilfe, auch die Fehde, radikal verboten hat. Mag im allgemeinen der Wormser Reformreichstag vom 7. August 1495, der auch die Einführung des gemeinen Pfennigs, der ersten Reichsteuer, gebracht hat, überschätzt worden sein: der Friedensgedanke, durch den beim Wormser Reichstagsabschied die Grundsätze des Gottesfriedens in den ewigen Landfrieden einmündeten, gab dieser historischen Szene für alle Zeiten einen hohen Grad von Volkstümlichkeit.

Mit der Verkündung des allgemeinen und ewigen Landfriedens wurden die Grundsätze, die, ausgehend vom Kloster Cluny, mit lokaler Beschränkung verkündet worden waren, in ein allgemeines, das gesamte Reich verpflichtendes Gesetz aufgenommen. Mit der Institution eines Obersten Reichsgerichts, des Reichskammergerichts, wurde durch den Wormser Reichstagsabschied sodann auch jenes Gremium geschaffen, das fortan jedermann sein Recht gewähren sollte.

Wütend begehrte der deutsche Adel gegen diese Beschlüsse auf. Einmal betrachtete er es als „ungeheuerliche Zumutung“, als einen frevelhaften Eingriff in seine überkommenen „Rechte“, daß er zu einer Reichsteuer beitragen sollte, und zum andern befürchtete er, ohnehin durch den Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft wirtschaftlich bereits ruiniert, vom Landfrieden die Zerstörung seiner letzten Einnahmequelle.

Der deutsche Adel dieser Zeit dachte hier ähnlich wie die Condottieri Italiens, von denen einer, als er einem Geistlichen begegnete, den Gruß „Der Friede sei mit Euch“ mit der Bemerkung quittierte, er wünsche dem Begegnenden den Tod und die Pest. Auf die verwunderte Frage, warum ein freundlicher Gruß ein so böses Echo finde, antwortete der

Condottiere, wer ihm den Frieden wünsche, wünsche ihm doch nur den Tod, weil er seine Existenz auf Krieg und Raub begründet habe.

Aufschlußreiche Parallelen

Das letzte Ziel, den allgemeinen und dauerhaften Frieden, die Verwirklichung des Gottesreichs auf Erden, hat die Bewegung, die vom Kloster Cluny in Burgund ihren Ausgang genommen hatte, zwar nicht erreicht; der Gottes- und der Landfriede blieb nie ungestört. Trotzdem beinhaltet diese Bewegung ein ehrenvolles Kapitel in der Geschichte des Mittelalters. Was hier politischer Realismus und christlich-humanistische Gesinnung in die Wege leiteten, strömte fort in starken Wellen in die Zukunft.

Die Bewegung des Gottesfriedens hat nicht nur in Intervallen und für begrenzte Zeitabschnitte bestimmten Gesellschaftsschichten und der Kirche selbst eine Atempause des Friedens und die Möglichkeit eines ungestörten Wirkens gewährt, sondern sie hat darüber hinaus der Heraufkunft einer besseren Ordnung gedient.

Nie war es das Ziel dieser Bewegung, eine revolutionäre Aktion gegen die feudale Ordnung zu entfachen. Das war damals, als das Bürgertum sich erst formierte, auch gar nicht möglich. Die Bewegung des Gottesfriedens wollte die feudale Ordnung nicht sprengen, sondern nur die schlimmsten Auswüchse der Feudalordnung beseitigen, die Willkür und die völlige Recht- und Gesetzlosigkeit.

Wenn die erste religiöse Bewegung des Mittelalters in so starkem Maße, wie es hier geschildert ist, der Friedenssehnsucht des Volkes Ausdruck gab, dann sollte uns das daran erinnern, daß es immer nur der arbeitende Mensch gewesen ist, in dem zu allen Zeiten der Friede seinen festen Rückhalt hatte.

Noch heute packt es uns, werden wir innerlich aufs stärkste bewegt, wenn wir in einem Werk des Aristophanes, „Frieden“ betitelt, das zum erstenmal im 11. Jahr des unheilvollen Peloponnesischen Krieges aufgeführt worden ist, Gedanken und Erkenntnisse antreffen, die angesichts der Erfahrungen unseres eigenen Lebens auch für uns aktuell sind.

In seinem Werk schildert Aristophanes, wie der Kriegsgott Polemos, der bisher die griechischen Städte in seinem Mörser „mit Stumpf und Stiel“ zerstampfte, mit dem Tode des Spartaners Brasidas und des Atheners Kleon bei Amphipolis in

arge Verlegenheit gekommen war. Friedliebende griechische Bürger benutzten schnell die Atempause, um die Friedensgöttin aus dem tiefen Verließ, in das sie der Kriegsgott hinabgestoßen hatte, zu befreien, ehe dem Polemos ein neuer „Stämpfel“ zur Hand war.

„Hellen'sche Männer“, so ermunterte der Anführer der Friedensmannschaft, Trygaios, seine Scharen,

„...jetzo gilt's, des Haders

Und Kampfs uns zu entschlagen und die Teure

Heraufzuziehn, die holde Friedensgöttin,

Bevor uns dran der neue Stämpfel hindert!

Drum auf, ihr Bauern, Handelsleut', ihr Meister

Der Kunst, des Handwerks, Hintersassen, Fremde,

Ihr von den Inseln, kommt, ihr Völker all!

Schnell, die Hacken nehmt, die Taue, Hebebäume nehmt

[zur Hand,

Jetzo gilt's, für unser Wohlsein einen tücht'gen Ruck zu

[tun!“

Aber noch will das Werk nicht gelingen. Vollbracht wird es erst, als alle, denen „der Mund nach Frieden wässert“, nach einer Richtung und mit aller Macht ziehen. „Und als die Ackersleute anpacken, da geht die Sache gleich vom Fleck.“ „Weiß Gott“, so stellt Trygaios abschließend fest, „die Bauern bringen sie allein heraus und sonst niemand“.

Das galt damals, das gilt erst recht für unsere Zeit und analog zu den Bauern für die Arbeiter.

Selbstverständlich können historische Parallelen nicht als Schablone benutzt werden, indem man Begriffe bestimmter Epochen den Verhältnissen anderer Zeiten überstülpt. Wohl aber sind historische Vergleiche und Erinnerungen dienlich als Mahnung und Ermunterung, mit den Mitteln unserer Zeit die Aufgaben unserer Gegenwart zu lösen, wobei wir zusätzliche Kraft gewinnen, wenn wir uns dabei in Übereinstimmung wissen mit den humanistischen Vorkämpfern vergangener Zeiten, mögen sie der Antike oder der mittelalterlichen Kirche angehören.

Vortausend Jahren war es die Fehde, waren es die Gewalttaten der Feudalherren und adligen Wegelagerer, die zu einer Landplage wurden und die Ordnung zerstörten.

Heute wird das Leben der Völker dadurch bedroht, daß die imperialistischen Mächte seit Jahren den kalten Krieg betreiben. Und das nicht etwa erst seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, als mit dem Abwurf der ersten Atombombe in der Geschichte der Menschheit der Abschnitt des kalten Krieges grauenvoll eingeleitet wurde. Eigentlich führen die impe-

rialistischen Mächte den kalten Krieg bereits seit ihrer mißlungenen militärischen Intervention gegen die Große Sozialistische Oktoberrevolution durch eine unentwegte Verleumdungskampagne.

Zur Seite geht dieser Verleumdungskampagne die Vorbereitung für neue bewaffnete Auseinandersetzungen, an der sich vor allem auch die Bundesrepublik trotz ihrer so exponierten Lage unter völliger Mißachtung der Lehren der deutschen Geschichte so intensiv beteiligt.

27 Millionen Menschen haben im Hitlerkrieg an den Fronten den Tod gefunden und nicht viel weniger, nämlich 24 940 000, in der Heimat, sei es in den Schrecken der Bombennächte oder als Opfer der Verbrechen Hitlers. Das ist immerhin ein Erschreckliches mehr, als in den Jahren zwischen 1914 und 1918 den Völkern als Blutzoll abverlangt worden ist (10 Millionen Gefallene, 500 000 Tote der zivilen Bevölkerung).

Was ein neuer Krieg mit der Atombombe im Flugzeug oder atomaren Sprengköpfen an den Raketen bedeuten würde, übersteigt geradezu unsere Vorstellungskraft. In einem solchen Krieg hat das Leben eines einzelnen Menschen nichts mehr zu bedeuten, wie denn auch die Strategen des Atomkrieges, worauf Prof. Steenbeck auf dem Nationalen Kongreß Ende Januar 1961 in Weimar aufmerksam gemacht hat, bereits dazu übergegangen sind, „Rechnungseinheiten“ zu verwenden, denen eine Million Tote zugrunde liegen.

In der Programmklärung des Staatsrates hat Walter Ulbricht den Wahnwitz der Atombombenstrategie unter deutschen Aspekten mit den Worten gekennzeichnet: „Obwohl wir erst vor 15 Jahren erfahren haben, wie furchtbar ein Krieg auf deutschem Boden aussieht, verfügt wohl niemand von uns über hinreichende Phantasie, um sich auszumalen, was aus großen Teilen Deutschlands und seinen Bewohnern würde, wenn die unbelehrbaren Bonner Reyanchepolitiker und ihre Hitlergeneräle mit ihren Aggressionsplänen zum Ziele kämen.“

Mut- und ratlos schauten wir in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 auf die Trümmer unserer Habe, viele von uns mit dem Leben fertig. Dank der Anstrengungen unseres Volkes ist es uns noch einmal gelungen, der materiellen, aber auch der seelischen Verwüstungen des Hitlerkrieges Herr zu werden. Mit Unterstützung der von Hitler verbrecherisch provozierten Sowjetunion haben wir ein Werk des Wiederaufbaus und des Neuaufbaus in der Deutschen Demokratischen Repu-

blik vollbracht, das einen entscheidenden Beitrag für eine glückliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes darstellt.

Jetzt gilt es, sich darüber klarzuwerden, daß die Atombombe nicht einfach eine andere Bombe ist, eine andere Waffe, sondern, wie es J. D. Bernal in seinem so bedeutsamen Buch „Welt ohne Krieg“ (VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin) darstellt, „eine neue und letzte Stufe in der Kriegführung — der Vernichtung der Menschen durch Menschen, ... entweder der Anfang vom Ende des Krieges oder der Anfang vom Ende der Menschheit“.

Offene Augen für das Neue!

Wir leben in einem Zeitabschnitt, dessen Charakteristikum die konsequente Erneuerung der Existenzformen der menschlichen Gesellschaft ist, wie es der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N. S. Chruschtschow, der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen zugerufen hat, der unvergleichliche Höhenflug zur Beherrschung der Naturkräfte, zu einem fortschrittlichen und sozialen System.

In dieser Zeit wird das Denken und Handeln, das Tun und Unterlassen der Menschen danach bewertet, was sie konkret dazu beitragen, die neue, höhere Form des Zusammenlebens der Völker zu entwickeln.

Es überrascht uns nicht, daß die Nutznießer der alten Ordnung, die freilich, ebensowenig wie vor tausend Jahren die Feudalordnung, für viele Menschen keine Ordnung mehr ist, sondern eine heillose Unordnung, sich dem Frieden und der Abrüstung in den Weg stellen, obwohl sie selbst sich eingestehen müßten, daß der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, eine ungestörte Entwicklung zu gewährleisten, wie es die großen Wirtschaftskrisen und die Weltkriege unseres Jahrhunderts sowie das verkrampfte Festhalten an der Kolonialherrschaft zur Genüge beweisen.

„Ich glaube, daß kapitalistische Monopole entsprechend ihrer ganzen Natur die Regierungen der Staaten, in denen sie wirken, zu Kriegsvorbereitungen und sogar zum Kriege drängen müssen, wie es bereits zweimal in diesem Jahrhundert geschehen ist.

Ich glaube jedoch nicht, daß diese Tendenz unbedingt die Oberhand gewinnen muß. Gegen sie gibt es starke Volkskräfte, die bereits ein Drittel der Menschheit aus der Sphäre der kapitalistischen Wirtschaft herausgeführt haben. Das Beispiel, das die sozialistischen Länder mit der Verwendung ihrer Ressourcen durch das Volk und für das Volk gegeben haben,

sportn bereits Hunderte von Millionen Menschen in den unterentwickelten Teilen der Welt dazu an, das gleiche zu versuchen. In den älteren Industrieländern ist man besonders von den wertvollen Ergebnissen beeindruckt, die sich durch eine umfassendere Anwendung von Bildung und Wissenschaft erzielen lassen.

Ich glaube, die Kräfte des Aufbaus sind die stärkeren und werden die Oberhand gewinnen. Das Neue an der Situation seit Hiroshima ist unsere Erkenntnis, daß dieser Kampf nicht auf militärischem Gebiet entschieden werden kann, ohne die ganze Zivilisation und den größten Teil der Menschheit zu vernichten. Angesichts dieser Tatsache sind immer mehr Menschen zur Einsicht genötigt, daß die einzige kurzfristige Lösung eine Periode der Entspannung ist, welche die ersten Schritte zur Abrüstung ermöglicht, mit dem Ziel, die Gefahr eines Atomkrieges zu beseitigen. In dieser Periode müssen die Länder mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen lernen, in der gleichen Welt miteinander vorwärts zu kommen“ (John D. Bernal).

In dieser Zeit ist das Wiederauftauchen des Begriffs „Gottesfrieden“ ein Ausdruck für den Ernst der Stunde, die Größe der Verantwortung und die Dringlichkeit der Entscheidung. Die Geschichte des Gottesfriedens wirkt, ein Wort von Jacob Burckhardt zu variieren, wieder interessanter, weil wir interessierter sind, weil gerade diese Bewegung den christlichen Menschen, vor allem aber auch den Amtsträgern der Kirche selbst, viel zu sagen hat. Dabei sollte stärkstens das beherzigt werden, was Walter Ulbricht in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates in die Worte gekleidet hat:

„Es ist bekanntlich nicht das erste Mal in der Weltgeschichte, daß in einer Epoche des Übergangs von einer überalterten und überlebten zu einer neuen, höheren Gesellschaftsordnung die Kräfte des Alten versuchen, den Lauf der Geschichte aufzuhalten. Wir haben gerade auch in Europa und in Deutschland solche Beispiele. Sie zeigen gleichzeitig, wie solche Versuche, das Rad der Geschichte aufzuhalten, ausgehen, daß letztlich immer das Neue, Junge und Lebenskräftige sich durchsetzt und das Alte, das historisch Überlebte, abtreten muß.

Auch internationale Verträge und internationale Zusammenschlüsse der Kräfte der Reaktion, wie etwa die NATO, sozusagen als eine Art internationaler Versicherung gegen den geschichtlichen Fortschritt, haben — das beweist die Ge-

schichte, zum Beispiel die Heilige Allianz und die Antikomintern — auf die Dauer nichts gefruchtet und können auch in Gegenwart und Zukunft den Gang der Ereignisse letztlich nicht aufhalten.“

So war es früher, so war es vor tausend Jahren, so ist es heute.

Mit Recht hat der Vorstand des Bundes evangelischer Pfarrer in der DDR in einer Veröffentlichung Mitte Januar 1961 den Vorschlag Walter Ulbrichts, eine Art Gottesfrieden zu vereinbaren, der auch in der gesamtdeutschen Begegnung in Weimar mehrfach zitiert worden ist, einen konkreten Vorschlag genannt. Wörtlich heißt es in dieser Stellungnahme:

„Der in diesem Zusammenhang gebrauchte Ausdruck ‚Gottesfrieden‘ ist in der Geschichte des öfteren verwandt worden. Er bezeichnet in jeder Verbindung eine Friedensvereinbarung auf bestimmte Zeit, die keinerlei Vereinbarung über die Beseitigung von Konflikten voraussetzt, sondern eine Atmosphäre schaffen will, die deren Beseitigung ermöglicht und damit die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden schafft.

Wir sehen keinen theologischen Grund, diesem Vorschlag, des Staatsratsvorsitzenden zu widersprechen. Wir halten uns vielmehr eben um Gottes willen für verpflichtet, diesen Vorschlag nach besten Kräften zu unterstützen.“

Was hier der Bund evangelischer Pfarrer im Hinblick auf seine Mitglieder zum Ausdruck bringt, gilt gleicherweise für alle Konfessionen, aber auch für die bürgerlichen Kreise der Bundesrepublik.

„Das Unglück unseres Volkes besteht darin“, so heißt es in der bereits mehrfach zitierten Erklärung Walter Ulbrichts vom 4. Oktober 1960, „daß in Westdeutschland jene politischen Mächte herrschen, die sich nur an die tote Vergangenheit gebunden fühlen, aber blind sind gegenüber dem Neuen, das in Deutschland, in Europa und in der Welt Gestalt und Kraft gefunden hat.“

Das Beispiel des Gottesfriedens zeigt uns, daß in einer Notzeit der Völker der Klerus sehr wohl in der Lage war, zwischen den Auswirkungen todbringender Gewohnheiten und den Notwendigkeiten für eine bessere Zukunft zu unterscheiden. Die Kirche hat damals in Wahrung ihres eigenen Interesses die Orientierung auf das Neue gefördert, und nicht nur das, sondern mit ihren Mitteln daran mitge-

gewirkt, dieses Neue Schritt für Schritt zu verwirklichen.

Was damals die Kirche nicht vermochte, auch nicht in der Verbindung mit dem Volk, den allgemeinen und dauerhaften Frieden für alle, das ist heute durch die moralische und materielle Kraft der sozialistischen Staaten in weltweitem Maße möglich geworden.

Gleichgültig, ob wir unseren Weg als Sozialisten gehen, als Mitglieder kirchlicher Gemeinschaften, als Amtsträger dieser Kirchen oder als Bürger der kapitalistischen Welt: wenn wir unserer nationalen Verantwortung gerecht werden, wenn wir der Zukunft und dem Leben dienen wollen, dann muß jede Bindung an die tote Vergangenheit beseitigt werden, müssen wir das lebendig erhalten und auswerten, was fortlebt in der Geschichte, was sich als fruchtbringend, kulturfördernd erwiesen hat, wie zum Beispiel auch der Gottesfrieden, bei dessen Durchsetzung die Kirche nicht mit der Reaktion verbunden war, sondern mit den vorwärtsdrängenden, fortschrittlichen Kräften.

Damit die Zwietracht sich vermindere

So richtet die Erinnerung an den Gottesfrieden des Mittelalters über den Rückblick hinaus unsere Augen in die Zukunft. Wieder bestätigt sich, daß die Geschichte mehr ist als eine Registratur überstandener Anstrengungen und Leiden. Ihre Überlieferungen dienen den gestaltenden Kräften.

Gleichgültig, wie die Bürger Westdeutschlands den Sozialismus und den Kapitalismus einschätzen — darauf, daß die Weltgeschichte einen Bogen um Westdeutschland machen wird, indem dort alles unverändert bleibt, während ansonsten in der Welt etwas Neues entsteht, kann, worauf auch der Vorsitzende des Staatsrates aufmerksam gemacht hat, niemand hoffen. So wäre es auch eine Illusion, würde Bonn annehmen, durch den Verzicht auf die nationale Wiedervereinigung und die Negation des Vorschlages zu einer deutschen Konföderation die kapitalistische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik für alle Zeiten konservieren zu können. „Das ist einfach nicht drin.“

Mit Walter Ulbricht stimmen wir darin überein, „daß es auch für den westdeutschen Kapitalisten im wahrsten Sinne des Wortes gesünder, bekömmlicher und in jeder Hinsicht zweckmäßiger ist, auf eine friedliche Entwicklung hinzuarbeiten und jenen Kräften aus der eigenen Klasse Einhalt zu

geben, die in engstirniger Verblendung Katastrophenpolitik betreiben, deren Opfer nicht zuletzt die kapitalistische Klasse und ihre Herrschaft wären“.

Das Beispiel des Gottesfriedens zeigt, daß vor tausend Jahren nicht die dem Land und der eigenen Wohlfahrt gedient haben, die sich dem Frieden widersetzen, sondern gutgefahren sind jene, die mit der Zeit marschierten.

Wir wollen mit dem Frieden für den Frieden werben, mit dem zehnjährigen Frieden für den hundertjährigen, mit dem hundertjährigen für den dauerhaften Frieden. Und wir können das, weil wir nicht eine Sekunde daran zweifeln, daß Menschen, die in schweren Jahren mit wachsendem Erschrecken mit ansehen mußten, wie Hitler und seine Propagandisten durch wahnwitzige Rüstungen und Provokationen unser Volk in die Katastrophe trieben, und die noch heute mit Wehmut derer gedenken, die in Ost und West und Nord und Süd an den Fronten verbluteten, durch Bombensplitter oder Schergen Hitlers aus ihrer Mitte herausgerissen wurden, von diesem Teufelsspek ein für allemal genug haben.

Wir können mit dem Frieden für den Frieden werben, weil ein deutscher Beitrag zur allgemeinen Abrüstung, eine Vereinbarung über den Gewaltverzicht in Deutschland, eine deutsche Konföderation, möglich und jedermann förderlich ist, dienend seiner materiellen Wohlfahrt und seiner geistigen Entwicklung.

Das jetzt soviel zitierte Wort vom Gottesfrieden müßte insbesondere die Menschen des christlichen Glaubensbekenntnisses aufhorchen lassen. Selbstverständlich zielt das Evangelium auf den Frieden des Herzens hin. Wie aber könnte dort das Herz ruhig bleiben, wo das Wissen um Handlangerdienste für den Atomkrieg das Gewissen beschwert!

So ist das Wort vom Gottesfrieden nicht ein neues Schlagwort in alten Auseinandersetzungen, sondern in seiner letzten Konsequenz ein Ruf an das Gewissen, ein Appell an das Verantwortungsbewußtsein. Dem christlichen Menschen aber zeigt dieses Wort, wo er seine Weggefährten im politischen Kampf zu suchen hat: dort nämlich, wo dem Krieg gewehrt und die Initiative für den Frieden entfaltet wird.

Erinnern wir uns hier des Gleichnisses, das Pater Delp im Hangen und Bangen zwischen Leben und Tod in seinem Werk „Im Angesicht des Todes“ uns hinterlassen hat: „Solange der Mensch an der Straße liegt, blutiggeschlagen und ausgeplündert, wird ihm der Nächste und damit der Zu-

ständigste sein, der sich seiner annimmt und ihn beherbergt, nicht aber einer, der am heiligen Dienst vorbeigeht, weil er hier nicht zuständig ist.“

Als in der Zeit der Fehde, bald hier, bald dort, Menschen blutiggeschlagen und ausgeplündert an der Straße liegenblieben, während die Flammen lohend über ihren Dörfern standen, da gingen die Amtsträger der Kirche, die ihre christliche Verpflichtung ernst nahmen, nicht an den Opfern der Feudal„ordnung“ vorbei, sondern sie nahmen sich ihrer an und riefen durch die Bewegung des Gottesfriedens den Gewalttätern ein „Halt!“ entgegen.

Heute ist der gefährdete Nächste dieses Gleichnisses der Mensch, der einer Generation angehört, die durch die Politik der imperialistischen Mächte der Gefahr des Atomkrieges ausgesetzt ist und der Politiker ohne Verantwortungsbewußtsein weismachen wollen, ihre Aufgabe sei es, sich daran zu gewöhnen, unter dem Gleichgewicht des Schreckens zu leben, und der ein Propst Asmussen die Atombombe in eine „Zuchtrute Gottes“ umdeuten möchte.

Der Gottesfriede, einer Zeit entwachsen, deren Menschen durch eine heillose Unordnung aufs äußerste gefährdet waren, war ein Versuch, mit kirchlichen Mitteln Frieden zu stiften, aus Sorge um den Menschen, aus materiellen Erwägungen in der Wahrung des eigenen Interesses.

Um im 11. Jahrhundert für den Gottesfrieden zu wirken, brauchte man nicht erst außerhalb der feudalen Ordnung zu treten. Die Anhänger der alten Ordnung und die Vertreter grundlegender Reformen konnten zusammenwirken.

Es waren nicht antifeudale Kräfte, die damals aktiv wurden, sondern Angehörige und Anhänger der herrschenden Gesellschaftsschicht. Die Mönche von Cluny, die Urheber von Reformen, so viele Widersprüche sich darin kreuzten, wollten nie über den Rahmen der Zeit hinaus. Es war eine Selbsteinnung innerhalb der damaligen Gesellschaftsschicht, die zum Gottes- und zum Landfrieden führte.

Und genau das ist es, was heute die bürgerlichen Menschen Westdeutschlands, die Amtsträger der Kirche in der Bundesrepublik ihrer Zeit und ihrem Volk schulden.

So endet ein Rückblick auf den Beginn des Gottesfriedens mit einer Ermunterung für unsere heutige Arbeit, beinhaltet die Parallele, die Walter Ulbricht mit der Erinnerung an den sogenannten Gottesfrieden des Mittelalters gezogen hat, einen Ruf zur persönlichen Tat an alle Menschen guten Willens.

„So jemand spricht – ich liebe Gott und haßt seinen Bruder, der ist ein Lügner. Und dieses Gebot haben wir von Gott, daß der Gott liebt, er auch seinen Bruder liebe“ (1. Joh. 4, 20).

Mit der Abwendung vom Krieg wenden sich die bürgerlichen Menschen in der Bundesrepublik, auch die Kapitalisten, von der Katastrophenpolitik der Vergangenheit ab, verlassen sie die dünne Decke, auf der sie gegenwärtig stehen, wenden sie sich einer Politik zu, deren Zweck es ist, ein Gegenstück zu der Parallele des alten Gottesfriedens zu schaffen, damit in dieser Zeit die Zwietracht sich vermindere, die Verständigung der beiden deutschen Staaten beginnt, damit der Frieden gesichert und zugleich auch mit der Überwindung der Spaltung der Nation endlich ein Anfang gemacht wird.

Die Existenz einer so ganz anders gearteten, einer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik schließt die praktische Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten nicht aus, sondern macht sie im Gegenteil fruchtbar, sichert ihr den geschichtlichen Erfolg.

Sehr stark gab diesem Gedanken Prof. D. Emil Fuchs Ausdruck, als er mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961 dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, den Brief mit 32 000 Unterschriften überreichte.

„Ein Christ“, so führte Prof. D. Emil Fuchs in seiner Ansprache aus, „der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt, der seinen Kopf frei macht von Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft begegnen.“

Wenn Propst Asmussen dagegen alle, die der Meinung sind, „als bedürfe es nur eines Atomstreiks der Christen in Westdeutschland, um uns vor der Atombombe zu bewahren und uns unschuldig zu erhalten“, der Simplifikation beschuldigt, verbunden mit der „Mahnung“, nicht zu übersehen, daß die Atombombe „eine Strafrute in der Hand Gottes ist“, dann erhebt sich hier sofort die Frage, ob etwa auch das wüste Fehdewesen des Mittelalters und die Seuchen dieser Zeit ähnliche „Zuchtruten“ gewesen sind.

Aber gerade eine solche Betrachtungsweise wäre oberflächlich und simpel. Das Fehdewesen und die Seuchen des Mittelalters brachen nicht als Strafgericht über die Menschheit herein, sondern sie waren Folgen menschlicher Unzulänglichkeiten und Versäumnisse. Und weil Menschen daran schuld waren, sind sie ja auch durch die Tüchtigkeit anderer Menschen überwunden worden.

Mit der Nutzbarmachung der Atomenergie hat der Mensch neue, gewaltige, umgestaltende Kräfte entbunden. Die Atombombe selbst ist nur eine negative Begleiterscheinung dieser Entwicklung. Sie repräsentiert zuzusagen die Schattenseite des hellen Lichts, das auf uns zukommt.

Die friedliche Atomenergie aber bildet das Fundament für neue Großtaten in der schöpferischen Arbeit. Auf diesem Boden kann der Mensch unter Führung der sozialistischen Sowjetunion sogar den Griff nach den Sternen wagen, wie es durch den Start einer automatischen planetarischen Station von einem Erdtrabant aus in Richtung Venus erneut so überzeugend bestätigt worden ist.

Die entscheidende Aufgabe unseres Jahrhunderts, bei deren Lösung die gesamte konstruktive Kraft entfaltet werden muß, ist die Sicherung des Weltfriedens. Davon hängt unser persönliches Schicksal ab und der geschichtliche Rang unserer Generation, die individuelle Wohlfahrt und die staatliche Gemeinschaft.

In der Zeit der feudalen Zersplitterung mußten die Friedensstifter notgedrungenerweise ihr Werk begrenzen. In unserer Zeit allerdings kann der Friede nicht durch befriedete Zonen und Gesellschaftsschichten begrenzt werden, sondern der Friede muß die Völker in ihrer Gesamtheit umfassen. Das gibt den Vereinbarungen nach Art des Gottesfriedens in unserer Zeit einen allgemeinen Charakter, macht sie zum Fundament eines Weltfriedens, wie ihn die Menschheit noch nie gekannt hat.

„Die humanistische Ethik des Sozialismus“, so heißt es in dem Brief an den Vorsitzenden des Staatsrats, „will ebenso wie der christliche Glaube den Menschen aus seiner Gleichgültigkeit wecken und zur Verantwortung für seinen Nachbarn und das Ganze rufen.“ Und das soll auch dieser Rückblick bewirken: Die Aufrüttelung der Gewissen, das Herausreißen aus lebensgefährlicher Gleichgültigkeit, die Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung für den Nächsten und das Ganze in der deutschen Frage, in der Christen und Kommunisten kampfbewährt und einander verpflichtet in einer Front stehen.

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche – Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin – nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete – Eine demographische Untersuchung –
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO – die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik – Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR – zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- *25 Prof. Dr. Rudolf Ritan: Josef L. Hromádka – Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika – Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag

- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 49 Prof. Dr. Jan Milíč Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich
- 52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM